



WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN

Heute, 06:00

Sorgen der Wirtschaft wegen Volksinitiativen und Steuerstreit**Gefahr für Standort Schweiz**Wirtschaftsnachrichten Dossier: [Boni](#) Heute, 06:00

3



Sorgen der Wirtschaft wegen Volksinitiativen und dem Steuerstreit. (Bild: Gaetan Bally / Keystone)

Bei Annahme der 1:12-Initiative käme die Schweiz kaum mehr als Standort für globale Konzerne infrage. Das sagt der Verband SwissHoldings. Im Steuerstreit mit der EU sieht der Verband die Felle davonschwimmen.

aus. Die Schweiz war in den letzten Jahrzehnten im internationalen Vergleich ein hervorragender Standort für Wirtschaft und Bevölkerung. Das illustrieren zentrale Indikatoren wie Lebenserwartung, Bevölkerungszufriedenheit, Pro-Kopf-Einkommen, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Doch das ist nicht für alle Zeiten in Stein gemeisselt. Traditionelle Erfolgsfaktoren werden zum Teil verstärkt infrage gestellt. In der Unternehmensbesteuerung und beim Bankgeheimnis kommt der Druck aus dem Ausland, beim bis anhin liberalen Arbeitsrecht und in Lohnregelungen ist der Druck hausgemacht. Nach dem Volks-Ja zur Minder-Initiative macht sich die Wirtschaft Sorgen um weitere Initiativen, die noch deutlich gravierendere Folgen haben könnten: die Mindestlohninitiative des Gewerkschaftsbunds (welche die ohnehin schon überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit der Tiefqualifizierten noch erhöhen dürfte), die 1:12-Initiative der Jungsozialisten (welche die Schweiz für Firmen mit hohen Managerlöhnen unattraktiv macht) und zwei Einwanderungsinitiativen (welche die Personenfreizügigkeit und damit das gesamte Verhältnis zur EU infrage stellen).

Der Drohfinger

Der Verband SwissHoldings (der knapp 60 grössere Industrie- und Dienstleistungskonzerne ausserhalb des Finanzsektors vertritt) hat am Montag im Vorfeld der Generalversammlung in Bern ziemlich unverhohlen den Drohfinger erhoben. Bei Annahme der 1:12-Initiative käme die Schweiz kaum mehr als Standort für global tätige Konzerne infrage, denn viele Unternehmen könnten keine marktkonformen Löhne mehr zahlen, betonte der Verband in seiner Medienmitteilung.

Würden somit Nestlé, UBS, Novartis, ABB und Co. alle ins Ausland abwandern? Konzernvertreter wollen diese Drohung nicht direkt äussern, im Wissen darum, dass dies politisch höchst unkorrekt und zudem kontraproduktiv wäre. Wie die Initiative umgesetzt würde, sei zudem noch völlig unklar, hiess es. Wieweit Ausweichmanöver durch die Auslagerung von Spitzenmanagern in separate juristische Einheiten (zum Beispiel eine Management-Gesellschaft) juristisch und politisch akzeptabel wären, ist derzeit eine weit offene Frage. Der abtretende SwissHoldings-Präsident David Frick, Konzernleitungsmitglied bei Nestlé, erklärte vor den Medien in Bern, dass wegen der Tendenz von Konzernen zur politischen Korrektheit das Standortproblem in der Öffentlichkeit unterschätzt werde.

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann betonte gemäss Redetext vor der Generalversammlung des Verbands, dass das Volksverdikt zur Minder-

Initiative aus Sicht der Wirtschaft und des Bundesrats nicht einfach als «Betriebsunfall» abgehakt werden dürfe. Er erklärte das massive Ja für die Initiative mit dem Fehlen des Vertrauens in die traditionell liberale Wirtschaftsordnung. «Immer mehr Menschen» verlangen laut Schneider-Ammann «immer mehr Regulierungen» und würden dabei auch riskieren, den Schweizer Wohlstand aufs Spiel zu setzen. Ohne Wiederherstellung des Vertrauens «dürften wir es auch bei künftigen Abstimmungen schwer haben», betonte der Bundesrat mit Verweis auf die 1:12-, die Mindestlohn- und die Einwanderungsinitiative. Vertrauen könne man nicht kaufen und nicht verordnen, sondern dieses sei zu erarbeiten. In Bezug auf die Debatte um Managerlöhne mag dies zunächst wohl vor allem nach zwei Dingen rufen: getreue Umsetzung der Minder-Initiative und keine weiteren «Unfälle» bzw. «Exzesse» nach dem Muster der Sonderklausel für den abgetretenen Novartis-Präsidenten Daniel Vasella.

Fragezeichen zum Steuerstreit

Im Steuerkonflikt der Schweiz mit der EU sieht SwissHoldings allmählich die Felle davonschwimmen. Gemäss dem Verband ist es durchaus möglich, dass eine vertragliche Einigung nicht zustande kommt. In diesem Fall solle die Schweiz unilateral die juristisch anfechtbaren kantonalen Steuerregime abschaffen (Ungleichbehandlung von in- und ausländischen Gewinnen bei Spezialgesellschaften) und durch EU-kompatible Lösungen ersetzen wie etwa Steuerprivilegien für Einnahmen aus geistigem Eigentum. Die Steuergespräche EU - Schweiz spielen sich laut Schweizer Beobachtern seit diesem Jahr nicht mehr unbedingt auf Augenhöhe ab, sondern seien durch die Tendenz der EU zum Brüsseler Diktat getrieben. Als denkbar gilt noch eine mittlere Variante einer formell unverbindlichen Verständigungsvereinbarung, in der die Schweiz die Abschaffung der verpönten Regime in Aussicht stellt und die EU-Kommission dafür zusichert, dass sie ihre derzeitige Sprachregelung umkehrt und den Mitgliedstaaten empfehlen werde, die Schweiz nicht zu diskriminieren. Die Schweiz hat sich in dem seit 2005 dauernden Steuerstreit oft nur langsam bewegt, weshalb eine gewisse Ungeduld in Brüssel verständlich sein mag. In der Schweiz stört dagegen die Doppelmoral einer EU, die intern Regime zulässt, die zum Teil günstigere Steuerlösungen bieten als die angeprangerten Schweizer Konstrukte.